



Glück: Moderne Landwirtschaft und Insektenschutz sind kein Widerspruch

In einer Aktuellen Debatte des Landtags über die Gefährdung der Insekten und das Artensterben hat der naturschutzpolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Andreas Glück**, die Verengung der Diskussion auf die Auswirkungen der modernen Landwirtschaft kritisiert. „Das Problem ist doch nicht allein die Landwirtschaft. Es geht zunächst einmal darum die Frage zu klären, warum wir einen Insektenrückgang verzeichnen und wie dieser genau aussieht“, sagte Glück und verwies darauf, dass sich seine Fraktion schon nach einem einschlägigen FDP-Antrag vom Juni 2017 für ein systematisches Monitoring zur Problematik ausgesprochen habe. In der besagten Drucksache 16/2165 hatte Umweltminister Untersteller den Freien Demokraten geantwortet: „Für das Land Baden-Württemberg liegen keine langfristigen, systematisch erhobenen Daten vor, die eine Aussage zur Entwicklung der Insektenarten und Fluginsekten-Biomasse zulassen.“ Die FDP/DVP-Fraktion habe daher das angelaufene Monitoring zur Artenvielfalt bei den Haushaltsberatungen auch mitgetragen.

„Wir müssen doch klären, ob es sich um ein flächiges Problem handelt, oder ob es womöglich regionale Schwerpunkte gibt. Wir müssen doch irgendwann einmal einordnen können: Hängt das vielleicht mit dem Klimawandel als solchem zusammen, dass manche Insekten zurückgehen und andere kommen“, führte Glück aus. Längere Trockenperioden infolge des Klimawandels seien ebenso ein denkbarer Erklärungsfaktor für das Phänomen wie eineinhalb Jahrhunderte des Trockenlegens von Mooren und Auenlandschaften.

Hinsichtlich der Landwirtschaft sprach sich Glück dafür aus, statt starrer Verbote auf die Förderung technischer Innovationen zu setzen, um den Einsatz synthetischer Pflanzenschutzmittel in der konventionellen Landwirtschaft und umweltbelastender Pflanzenstärkungsmittel im Ökolandbau zu verringern. Pflanzenschutzmittel seien schließlich auch ein betriebswirtschaftlicher Kostenfaktor.

„Deswegen finden wir es gut, dass sich Landwirte im Rahmen des verpflichtenden Sachkunde-Nachweises für den Pflanzenschutz regelmäßig fortbilden. Deswegen stehen wir Liberalen in der Aus- und Fortbildung für den Integrierten Pflanzenschutz ein, der schon mit der standortgerechten Sortenwahl beginnt. Deshalb setzen wir auf moderne Technologien, wie zum Beispiel Dropleg-Düsen, die den Wirkstoff insektenfreundlich unterhalb der Blütenebene ausbringen“, sagte Glück. FDP-Landwirtschaftsminister Volker Wissing habe zudem in Rheinland-Pfalz schon Mitte 2017 den hoch präzisen Satellitenpositionierungsdienst SAPOS-HEPS für Landwirte gebührenfrei gestellt, damit sie die Mittel exakter und sparsamer ausbringen können. In Baden-Württemberg indessen müssten abgesehen von einem begrenzten Modellprojekt mit wenigen Teilnehmern weiterhin alle Landwirte für

die Nutzung des Dienstes zahlen. „Wir Freien Demokraten setzen uns im Gegensatz zu CDU-Bundesforschungsministerin Karliczek auch dafür ein, dass der 5G-Mobilfunk tatsächlich an jede Milchkanne gelangt, weil er auch den Pflanzenschutz mit Sensorik und Robotik revolutionieren kann“, sagte Glück. Und auch bezüglich der „Neuen Züchtungstechniken“ brauche es eine öffentliche Diskussion. „Unser europäisches Gentechnikrecht ist noch auf dem Forschungsstand der 1990er-Jahre und die neuen Genome-Editing-Verfahren unterscheiden sich fundamental von der klassischen Gentechnik. Ich denke, als Gesellschaft sollten wir über die Chancen-Risiken-Abwägung der neuen Möglichkeiten für resistenterere Nutzpflanzen endlich faktenbasiert diskutieren, anstatt diese Möglichkeiten von vornherein nur zu tabuisieren“, fordert Glück.

In der zweiten Runde der Debatte stellte sich Glück wiederholten Behauptungen entgegen, in Deutschland würden Jahr für Jahr mehr Pflanzenschutzmittel ausgebracht. „Wenn man die Wirkstoffgruppe der inerten Gase herausrechnet, die nur beim Vorratsschutz zum Einsatz kommen aber logischerweise nicht auf dem Acker, dann liegt Deutschland seit einem guten Jahrzehnt je nach Witterung stabil bei einem Jahresverbrauch zwischen 30.000 und 35.000 Tonnen von Pflanzenschutzmitteln“, erläuterte der Freie Demokrat. Dies sei in den regelmäßigen Berichten des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit dokumentiert.